

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Geb. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Frachtgebühren mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonparelletze 30 Pf., die 90 mm breite Reklametexte 1,50 M. für auswärtsige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Beilagenbelegung 10 Pf.

Nr. 250

Dresden, Montag den 26. Oktober 1925

36. Jahrg.

Deutschnationale Rücktrittsgesuche

Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird energisch auf die Rücktrittsgesuche der Minister aus der Regierung zurückzuführen. Man ist, wahrscheinlich, dem Wunsch der Parteiengenossen im Lande auszuweichen, zunächst gefolgt. Eine Frage ist, ob dieses ganze Manöver ernst gemeint ist, ob die Deutschnationalen nicht doch noch nach einem Ausweg suchen, um den Umfall zu vollziehen, der notwendig ist, damit sie in der Regierungskoalition bleiben können. Schon wird gemutmaßt, daß nur der Rücktritt des Herrn Schiele endgültig ist, die Herren Neuhaus und von Schlieben würden eventuell sich zurückziehen lassen, wenn der Reichspräsident erklärt, daß er ihre Dimissionen nicht annimmt. Das Verbleiben der Herren in der Regierung würde allerdings im Widerspruch stehen mit all den Grundgedanken, die in einem parlamentarisch regierten Land gewahrt werden müssen. Entweder wollen die Deutschnationalen die Regierung weiter stützen, dann müssen sie eben drin bleiben, oder die Politik der Reichsregierung ist für sie nicht tragbar, dann müssen sie heraustrreten. Was das politische Ziel ist, das die Deutschnationalen verfolgen, ist nicht abzusehen. Schon besteht eine gewisse Besorgnis in Paris. Wieder zeigt sich, daß die Politik der Konzeptionen gegenüber Deutschland nicht anerkannt ist. Es wiederholt sich das alte Spiel, die Deutschnationalen in Deutschland arbeiten für ihre Regierungsgenossen in Frankreich. Herr Poincaré wird sich ins Häufchen lachen. Er hatte in Frankreich so ziemlich abgewirtschaftet. Jetzt kann er die Hoffnung haben, daß ihm die glorreiche Politik der deutschen Nationalen wieder in den Sattel hilft.

Es würde diese Politik eine bedauerliche Missetate zu den alten Methoden bedeuten, die Deutschland nicht Gutes verschaffen. Die Rücktrittsgesuche der Deutschnationalen, die die alliierten Minister veranlassen sollen, ihren Einfluß in der deutschen Reichsregierung geltend zu machen, seien eher dazu geeignet, die alliierten Minister zu hemmen und zu zwingen, Zurückhaltung an den Tag zu legen. Die Reichspresse glaubt ihrer Befriedigung über die Wendung, die die Ereignisse genommen haben, nicht verbergen zu können. Das Echo de Paris schreibt, daß es dem Optimismus, der nach dem Ausgang der Locarnoer Konferenz allgemein geherrscht hat, nicht zu teilen in der Lage ist. Das Blatt stellt fest, daß seine Befürchtungen nicht grundlos gewesen seien. Es kann nunmehr als sicher angenommen werden, daß selbst, wenn die Locarnoer Verträge im Reichstag eine zweifelhafte Mehrheit finden würden, sie jedoch jeden realen Wertes entbehren würden. Die Konferenz würde aber auch dann nicht nutzlos gewesen sein, denn sie habe die Deutschnationalen gezwungen, Farbe zu bekennen. Noch einmal würde Frankreich gezwungen sein, die negativen Resultate der Politik der Konzeptionen festzustellen. Das sei vielleicht eine bedauerliche Tatsache, doch sie könne nicht abgestritten werden.

Räumungsbefehl für Köln

WTB, London, 24. Oktober. Reuters meldet aus Köln, daß die britische Armee den Befehl erhalten habe, sobald wie möglich nach Wiesbaden abzurücken.

Köln, 25. Oktober. Die Sunbay Times meldet: Der britischen Rheinarmee sind Befehle erteilt worden, sich auf eine baldige Räumung von Köln vorzubereiten. Es wird erwartet, daß, sobald noch gewisse untergeordnete Differenzen geregelt werden müssen, die Alliierten diese Woche erklären werden, daß die deutsche Abwehrung so gut wie beendet ist. Es besteht der Wunsch auf Seiten der britischen Regierung, daß in Anbetracht des gegen-

seitigen Wohlwollens, das auf der Konferenz von Locarno geschlossen worden ist, die Stellung Dr. Reuters und Dr. Stresemanns nicht durch ein Uebermaß von Genauigkeit bei den alliierten Kriegsalliierten zu schwierig gestaltet wird. Sollten die Franzosen dieser Ansicht zustimmen, so wird die Volksharter Konferenz vielleicht eine Erklärung veröffentlicht haben, die die deutsche Abwehrung, obwohl vielleicht noch nicht ganz vollständig, so doch so weit vorgeschritten ist, daß die Konferenz instandgesetzt wird, die baldige Räumung der Kölner Zone zu sanktionieren.

Der Balkankonflikt

Paris, 26. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Der britische Außenminister Chamberlain ist heute hier eingetroffen, um an der nachmittags wegen des griechisch-bulgarischen Konfliktes einberufenen Sonderkonferenz des Völkerbundesrates in Paris teilzunehmen. Dem Vorsitz führt Briand. Man rechnet mit einer Konferenzdauer von drei Tagen.

T. Genf, 26. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Die Antwort der griechischen Regierung auf die Depesche des Völkerbundessekretariats ist erst am Sonntag in Genf eingetroffen. Sie behauptet, daß die bulgarische Darstellung der Tatsachen widerspricht und erklärt weiter, daß die griechischen Truppen von den Grenzen erst zurückgezogen werden, wenn die zwei von Bulgarien befohlenen Posten wieder zurückgenommen seien. Das griechische Vorgehen sei lediglich eine legitime Verteidigung und könne nicht im Sinne des Artikels 12 des Völkerbundespaktes angelegt werden. Trotz alledem werde die griechische Regierung aus Achtung vor dem Völkerbund das Eingreifen des Völkerbundes nicht ablehnen.

Erneute griechische Schieberei?

Sofia, 26. Oktober. Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Griechische Artillerie beschießt seit heute Morgen die Orte Piteriha und Veridvo. Man meldet bereits viele Tote und Verwundete unter der Bevölkerung. Die griechischen Truppen fahren fort, weitere Stellungen auf bulgarischem Gebiete zu besetzen. Es besteht nicht das geringste Anzeichen, daß sie einen Rückzug beabsichtigen.

Wahlen in Berlin und Baden

Die Sozialdemokratie schlug sich gut — Proletarische Mehrheit in Berlin — Abwehr der Reaktion in Baden

D. Berlin, 26. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Das verläufige Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen ist nach den Meldungen des Hauptwahlamtes folgendes: Sozialdemokraten 589 703, Deutschnationalen 370 604, Deutsche Volkspartei 104 809, Kommunisten 332 109, Demokraten 166 896, Wirtschaftspartei 71 061, Zentrum 61 271, U.S.P. 24 426, Sächsische Freiheitspartei 26 111, Deutschsozialisten 25 193. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch dieses Ergebnis noch geringe Veränderungen erfährt. An der Spitze aber, daß die Sozialdemokraten und die Kommunisten gegenüber den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit von mindestens 180 000 Stimmen haben, dürfte nicht mehr geändert werden.

D. Berlin, 26. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Der 25. Oktober ist für unsere deutschen Bürgerblockparteien zu einer dreifachen Niederlage geworden. In Berlin trifft sie die Frucht der deutschnationalen Wahlweise und in Baden dürften die Reichsparteien ihren Plan, endlich zur Macht zu gelangen, aufgeben. Nach vierjähriger Unterbrechung weist das Stadtparlament der Reichshauptstadt wieder eine proletarische Mehrheit auf, während in Baden der alte Kurs demokratisch-republikanischer Politik weiterhin gesichert sein dürfte.

An der Spitze der Parteien in Berlin marschiert mit starkem Vorsprung die Sozialdemokratie. Auch sie hat leider in Anbetracht der schwachen Wahlbeteiligung, ebenso wie alle anderen Parteien, rein zahlenmäßig einen Verlust erlitten, ohne daß sich aber die Mandate im Stadtparlament verringern werden; man kann im Gegenteil annehmen, daß die Fraktion jetzt mit 85 Mandaten (bisher 82) in das Rote Haus einzuziehen wird. Verhältnismäßig gut haben sich die Kommunisten gehalten. Aber das ist weniger auf ihre politische Tätigkeit, als auf die allgemeine Unzufriedenheit großer Volksteile zurückzuführen. Gerade in den letzten Wochen hat das Wandwerk der Schlichter in Berlin infolge unzulänglicher Schiedsprüche große Verzögerung hervorgerufen, die jetzt in dem Wahlergebnis ihren Ausdruck findet. Es kommt hinzu, daß zweifellos auch ein Teil der verstimmdenen deutschnationalen Wähler vorübergehend wieder einmal zu den Kommunisten übergetreten ist. Inwieweit bleibt als das erfreuliche Ergebnis der Berliner Wahl eine starke proletarische Mehrheit. In welchem Maße sie arbeitsfähig ist, wird in den kommenden Tagen von der Vernunft der Kommunisten abhängen.

Wie in Berlin, so können wir uns auch mit dem Ergebnis der Wahl in Baden zufrieden geben. Unsere Genossen haben sich verhältnismäßig gut geschlagen und den heftigen Sturm der Bürgerblockparteien gegen ihre Reihen abgewehrt. Aber auch hier hat die schlechte Wahlbeteiligung auf den zahlenmäßigen Bestand aller Parteien ihre Rückwirkung gehabt. Am stärksten litt, wie das auch in Berlin festzustellen ist, die Reichsparteien, während die Linke sich verhältnismäßig gut zu behaupten vermochte. Das wollten die badischen Reichsparteien nicht alles erreichen? Sie wollten siegen — und dennoch ist diese Wahl für sie zu einer schweren Niederlage geworden. Nicht einmal die in dem alten Landtag bestehende Zweidrittelmehr-

heit der Weimarer Koalition haben sie erledigen können. In Zukunft stehen 50 Sitze der Regierung gegen 21 der Oppositionsparteien.

Alles in allem zeigen die Wahlergebnisse trotz der schlechten Wahlbeteiligung eine Entwicklung nach links. Das ist für die in Aussicht stehenden Reichstagswahlen ein gutes Symptom.

Die Katastrophe des Bürgerblocks

D. Berlin, 26. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Der Vorwärts schreibt zu dem Ausgang der Berliner Wahlen: „Es ist erfreulich, daß die Katastrophe des Bürgerblocks, soweit man bisher übersehen kann, fast ausschließlich auf das Konto der Deutschnationalen und der Volkspartei zu setzen ist. Die Aufwertungsgewinnler, die Volksharter und die Steuerhühner müssen es erleben, daß ihre Zeit ein für allemal vorbei ist. Ihr Aufstieg war eine Illusionserscheinung. Es wird eine erschütternde Erinnerung bleiben, daß einmal die Deutschnationalen haben hoffen können, die stärkste Partei in Berlin zu werden. Heute sind sie so gründlich geschlagen, daß die Erinnerung an diese Zeit bald ausgelöscht sein wird. Gestützt auf das gestrige Wahlergebnis werden die Deutschnationalen nur noch sehr ungern in einem entscheidenden Reichstagswahlkampf hineingehen, der sie um vieles weiter zurückwerfen muß.“

Die Sozialdemokratie hat sich in diesem Wahlkampf gut behauptet. Sie marschiert selbstverständlich überall an der Spitze aller Parteien. Sie wird im Rathaus wieder weitaus die stärkste Partei sein und alle andern in weitem Abstand hinter sich lassen. Ihr Ziel, das sie in Berlin niemals aufgeben wird, die Mehrheit zu erobern, hat sie diesmal noch nicht erreichen können; sie weiß, daß die kommenden Jahre dem Kampf um dieses Ziel zu gelten haben und daß sie es in Berlin erreichen wird.

Schwache Wahlbeteiligung — Zusammenstöße

D. Berlin, 26. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Die Kommunalwahlen zeigten nur eine Wahlbeteiligung von höchstens 60 Prozent. Im Vergleich zur letzten Reichspräsidentenwahl hat die Beteiligung verhältnismäßig stark nachgelassen. Alle Parteien haben an eigentlichen Wahltagen starke Kräfte zur letzten Propaganda auf. Zahlreich vertreten waren insbesondere die Kommunisten und die Volksharter. Auch das Reichsbanner beteiligte sich an der Wahlarbeit für die republikanischen Parteien. Im Laufe des Tages kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen zwischen Stahlhelmleuten und Reichsbanner oder Kommunisten und Reichsbannerleuten; so in Pöhlendorf-Brandenburg, wo ein Arbeiter und ein Pöhlendorf durch Messerschläge an den Händen und Armen verletzt wurden. In einer andern Stelle im Zentrum der Stadt überfielen 100 Kommunisten 20 Reichsbannerleute. Zwei durch Messerschläge verletzte Anhänger des Reichsbanners wurden von Kommunisten verbunden und mußten sich dann in ärztliche Behandlung begeben. Drei Kommunisten, die als Anführer des Reichsbanners gelten, wurden in Schußwunden wieder einem Zwischenfall. Die Pöhlendorfer schienen sich hier besonders heftig. Mit Schlagringen und Messern bewaffnet gingen sie auf Reichsbannerleute los, von denen zwei durch schwere Stöße verletzt wurden. Die Polizei führte ein und führte vier Stahlhelme und drei Reichsbannerleute zur Vernehmung ab. Alle Zwischenfälle konnten durch die ruhige Art der Polizei schnell und ohne großen Aufstand erledigt werden.

Die Aufforderung zum Austritt

Von der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird mitgeteilt: Der Vorstand der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat am Sonntag, nachmittags um 5 Uhr, zusammen und beriet über die durch den Beschluß des Parteivorstandes und der Landesverbandsversammlungen vom Freitag abend geschaffene Lage. Nach einer einstündigen Beratung begann um 6.30 Uhr die Sitzung der Fraktion, die von über 60 Mitglidern (sie besteht aus über 1000 D. N. M.) besucht war. Der Reichsminister Schiele nahm an der Sitzung teil. Nachdem der Vorsitzende der Fraktion, Graf Westarp, Bericht erstattet und den Vorschlag des Parteivorstandes vorlesen hatte, nahm die Fraktion um 6.45 Uhr den Bericht des Parteivorstandes an und beschloß danach:

„Im Verfolg des Beschlusses der Reichstagsfraktion vom 21. Oktober und des Parteivorstandes und der Landesverbandsversammlungen der Deutschnationalen Volkspartei vom 21. Oktober, billigt die Fraktion den Entschluß der Herren Minister Schiele, Neuhaus und Zwickel, noch heute durch den Herrn Reichskanzler ihre Entlassung nachzusuchen.“

Nachdem der Bericht gefast war, vertlich Minister Schiele die Sitzung. Die Fraktion blieb aber noch zusammen und sprach sich über die Lage aus.

Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Das Reichskabinetts tritt heute vormittags zusammen, um sich mit dem Austritt der deutschnationalen Minister zu beschäftigen. Es ist noch nicht ganz sicher, ob der Reichspräsident die Dimission der beiden deutschnationalen Minister, Neuhaus und von Schlieben, billigt. Er scheint unter dem Druck der deutschnationalen Fraktion neue Vorschläge einzuführen zu wollen. Es hat den Anschein, daß die Deutschnationalen ihre letzte Hoffnung auf Hindenburg gesetzt haben, um ihre Macht trotz ihrem „Unannehmbar“ zu behaupten. Aber auch das wird ihnen nichts nützen. Mit einer parlamentarischen Regierung ist jedenfalls vorläufig nicht zu rechnen.

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Die entscheidende Sitzung des Reichskabinetts ist auf heute mittags 12 Uhr anberaumt. Es soll die endgültige Entscheidung über den Rücktritt der deutschnationalen Minister fallen.

Der Eindruck in Paris

Paris, 26. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Die Nachricht von dem Rücktritt der drei deutschnationalen Minister ist hier ziemlich spät eingetroffen, so daß sehr wenig davon gesprochen werden konnte. Die meisten Pariser sind der Meinung, daß in der einen oder andern Weise die Übernahme der Locarnoer Verträge durch den Reichspräsidenten geschahert ist, doch aus den eigentümlichen Widersprüchen der deutschen Politik, so wie die Welt, könnte man die Folge ziehen, daß das, was in Deutschland vorgeht, eine Verwirrung ist, um den Alliierten ein höchstmaß von Schwierigkeiten anzuzubringen. Sollte dies den Tatsachen ent-